

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmon- Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. Mai d. J. die Wahl des Pfarrers und Seniors, Karl Samuel Schneider, zum Superintendenten der evangelischen Kirchengemeinden Augsburger Bekennnisses in Mähren und Schlesien allernädigst zu bestätigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. Mai d. J. den Admiralskaplan, Georg Racić, zum Marinesuperior allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. Mai d. J. die vom Comité des Czernowitzer romanischen Lesevereines beschlossene Umgestaltung des letzteren in einen Verein für romanische Literatur und Kultur in der Bukowina zu bewilligen und die Statuten dieses Vereines allernädigst zu genehmigen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 22. Mai.

Die Zollfrage steht wieder im Vordergrunde, und schon in der nächsten Zeit wird über das Schicksal des Zollvereins entschieden werden. Ob eine Verständigung noch möglich ist und die geographische Trennung der Zollvereinsregierungen vermieden werden kann, wird vielleicht schon in zwei Wochen klar werden. Die Aussichten sind allerdings ungünstig. Von preußischer Seite fehlt der gute Wille, ohne den eine Verständigung unmöglich ist. In Wien sind die Herren Ministerialräthe Weber (Referent für Zollsachen im Königlich bayerischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) und Meixner (böhmerer bayerischer Fachbeamter und Bevollmächtigter Bayerns bei der General-Zollkonferenz und der Konferenz in München) im Auftrage ihrer Regierung zu einer Vorbereitung in Bezug auf die bevorstehende Münchener Konferenz eingetroffen, zu welcher bereits die Einladungen an die Regierungen von Württemberg, Hannover, die beiden Hessen, Nassau und Frankfurt eingegangen sind.

Über den Unterrichtsrath bringt die „Perf.“ eine Mittheilung, welche sehr interessant ist. Das genannte Blatt meldet: Der Unterrichtsrath, in geheimer Würdigung der Gegenwart und ihrer geistigen Bedürfnisse, hat ein Universitätsstatut entworfen, welches die Universität gewissermaßen „neutral“ macht, d. h. sie total von dem Einflusse der Kirche befreit, doch soll dieses erste Lebenszeichen von der Thätigkeit des Unterrichtsrathes bei Sr. Erzellenz dem Staatsminister einige Bedenken erregt haben.

Über den Stand des deutsch-dänischen Konfliktes ist heute nichts Neues zu berichten. Wie die „Ind. B.“ erfährt, soll in der nächsten Konferenzsitzung die Umwandlung der Waffenruhe in einen definitiven Waffenstillstand beantragt werden.

Über die Annexionsgelüste Preußens wird der „O. D. P.“ aus Mitteldeutschland geschrieben: Daß es in Europa keine Macht gibt, welche die Vergrößerung Preußens ohne energisches, von Waffen unterstütztes Beto hinnehmen würde, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Die Freunde des Augstenburgischen Erbfolgerechtes sind aber darum auch keineswegs rossiger Hoffnung; denn Preußen hat ein Surrogat für seine Annexionsgedanken. So unpolitisch ist man in Berlin nicht, um die Gefahren herauszuschwören, welche das Verlangen einer direkten Annexion der Herzogtümer mit sich führen würde; aber man hofft durch einen Kompromiß eine Vergrößerung

Preußens zu erlangen. Nicht der Herzog von Augustenburg, sondern der Großherzog von Oldenburg soll in den Besitz von Schleswig-Holstein gelangen, dafür soll ein Theil Oldenburgs mit dem Jähdebüsen an Preußen kommen und der Prinz von Augustenburg in anderer Weise entschädigt werden. Für diesen Ausgleich glaubt man auf die Zustimmung Russlands zählen zu können. Dem preußischen Annexionsgedanken gegenüber hält der russische Hof seine alten Gottorper Ansprüche mit Einschüdenheit aufrecht; zu Gunsten Oldenburgs aber würde er sie fallen lassen. Preußen würde bei einem solchen Kompromisse jedenfalls bedeutend gewinnen und der Feldzug würde sich ihm wohl lohnen.

Nach seiner öffentlichen Ausschaffung gegen Russland im letzten Konsistorium hat sich der Papst, wie man aus Rom vom 14. meldet, noch einmal bei einer Audienz mit großer und unverholener Erbitterung gegen den Kaiser Alexander ausgesprochen. Er erinnert sich dessen, was Gregor XVI. einst Nikolaus I. zu sagen den Mut hatte. Nach der Besprechung zwischen dem Staatssekretär und dem Vertreter Russlands hat man die Sache auf sich beruhen lassen.

Oesterreich.

Wien, 20. Mai. Über die Vorlagen zur nächsten Reichsrathssession schreibt man einem Pester Blatt aus Wien: „Das neue Strafgesetz ist fertig; gleich nach dem Schluß des böhmischen Landtages beginnen die kommissionellen Verathungen darüber, zu denen die Reichräthe Mühlfeld, Berger, Herbst und Waser eingeladen sind. Auch das Wasserrechtsgesetz ist vollendet; die bereits gedruckte Strafprozeßordnung dagegen ist wieder eingestampft worden.“

Aus Wien wird dem „Pester Boten“ berichtet: Die Voruntersuchung gegen Rogawski, den galizischen Reichsrath-Abgeordneten, ist beendet. Sie soll leider ergeben haben, daß er nicht nur ein Witschuldiger des polnischen Aufstandes gewesen ist, sondern zu den Organisatoren desselben gehört hat. Dagegen hat sich herausgestellt, daß alle anderen polnischen Reichsräthe der Verschwörung durchaus fremd geblieben sind, und daß namentlich Grocholski gegen jeden Gedanken an eine Losreisung Galiziens von Oesterreich gewirkt und gesprochen hat. Zybliewicz weist übrigens seit dem Schluß der Session noch immer in Heidelberg. Es ist gewiß, daß die Polen im Reichsrath wieder vollzählig erscheinen werden.

— Über ein vom Schweizer Bundesrath hierher gerichtete Verlangen auf Auslieferung des Ex-Diktators Langiewicz als ordnungsmäßig recipierten Schweizer Bürgers wird der „Presse“ berichtet: Neues Verlangen ist wirklich gestellt. Die österreichische Regierung hat darauf mit der Erklärung geantwortet, daß sie bereit sei, ihm zu willfahren, sobald man ihr

diesjenige Garantie biete, welche sie gegenwärtig durch die Festhaltung des übergetretenen Insurgentenhefts sich selbst verschafft habe, die Garantie, daß derselbe während der Dauer des Aufstandes den Schauplatz der Ereignisse nicht wieder betrete. Sie hat dabei nicht etwa einen bestimmten Modus einer solchen Garantieleistung formuliert, sie hat beispielweise nicht etwa verlangt, daß die Schweiz eine Internirung oder eine dem ähnlichen Maßregel vergleiche, sondern sie hat es den Schweizer Behörden vollständig überlassen, in welcher Weise sie die von ihnen gegen Oesterreich zu übernehmende Verpflichtung einlösen wollen und können, und sie wird sogar nichts einzuvenden haben, wenn etwa jenen Behörden das Ehrenwort des Auszuliefernden als genügend erscheinen sollte. Sobald die entsprechende Erklärung des Bundesrathes hier eingeht, wird Langiewicz anstandlos ausgeliefert werden.

Prag, 20. Mai. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Generaldebatte über das Straßen-

konkurrenzgesetz geschlossen. Der Minoritätsantrag bezüglich der Eintheilung der Straßen in Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen wird mit 95 gegen 82 Stimmen, so wie auch die Paragraphe 2 bis 5 und zwar §. 2 nach dem Regierungsantrage, daß zur Kreirung von Landesstraßen ein Landesgesetz notwendig sei, angenommen.

Krakau, 18. Mai. Der Bürger, welcher am 10. deshalb angefallen worden war, weil er die Bezahlung der Nationalsteuer verweigert hatte, erhielt — wie man der „G. C.“ schreibt — vorgestern durch die Post ein Schreiben folgenden Inhalts zugestellt: „Nationalregierung, Stadthof von Krakau, den 16. Mai 1864. An den Bürger N. Ich fordere Dich, Bürger, auf, binnen drei Tagen die rückständige Nationalsteuer für das vergangene Jahr im Betrage von 360 fl., wie auch die Summe für's erste Quartal 1864 pr. 90 fl. in die Stadtkasse im Wege der Organisation einzuzahlen. Im gegentheiligen Falle wird das Urteil der Todesstrafe über Dich gesprochen und an Dir vollzogen werden.“

— Aus der von der Zentral-Leitung der k. k. Kriegsgerichte in Galizien und Krakau veröffentlichten Kundmachung ersehen wir, daß bei sämtlichen zehn Kriegsgerichten in Galizien mit Krakau im Laufe des Monats April 1864, 2999 Untersuchungen mit 4254 beschuldigten Personen, von denen 1653 Personen in der Untersuchungshaft sich befanden, anhängig waren. Hieron wurden im Laufe des Monats April rechtzeitig in Abgang gebracht 1479 Untersuchungen mit 2062 beschuldigten Personen, von denen 748 verhaftet waren. Es verblieben somit mit dem 1. Mai 1864 anhängig 1520 Untersuchungen mit 2192 beschuldigten Personen, von denen 905 verhaftet sind.

Ausland.

Mainz, 18. Mai. Die gestern hier fast vollzählig versammelte ständige Deputation des deutschen Juristentages hat beschlossen, daß derselbe in diesem Jahre, 25. bis 29. August, in Braunschweig abgehalten werden solle; außerdem war Hamburg in Vorschlag. Auf der Tagesordnung stehen u. A. der Zeugenzwang in Strafsachen, die Organisation der Handelsgerichte und die Stellung der Staatsanwaltshaft.

Flensburg, 15. Mai. Die „Schleswig-Holst. Ztg.“ enthält Folgendes: „Im Interesse der Wahrheit erklären die Unterzeichneten, daß das in Nr. 100 der „Schleswig-Holst. Ztg.“ enthaltene Referat über die Antwort, welche der Graf Reuterda Ihnen bei Übergabe der Rendsburger Resolutionen ertheilt haben soll, nur theilweise als richtig anzusehen ist. Von „unnützen Demonstrationen“ hat der Herr Graf nicht gesprochen. C. Hansen, Lehrer. Dr. med. C. Lorenzen.“

Fridericia, 15. Mai. Donnerstag Mittag 12 Uhr sind die Demolitionsarbeiten eingestellt worden, und wird man während der Waffenruhe das Zerstörungswerk ruhen lassen. Ob es wieder aufgenommen werden wird, das hängt wohl zunächst von dem ab, was im Konferenzsaal ausgemacht wird. Viel freilich ist auch nicht mehr zu zerstören, man ist in den letzten Tagen recht fleißig gewesen. Es bleibt eigentlich nur noch die Schleifung der Wälle übrig. Das hier erbeutete Kriegsmaterial ist nach Wonsild geschafft (dem ersten schleswigischen Dorf, $\frac{1}{4}$ Stunde von der Grenze), wo auch diejenigen Palissaden, die man für zu gut hält, um verbrannt zu werden, aufgeschichtet liegen. Als gestern abermals 12 Wagen mit Holzwerk nach dort abgingen, ereignete sich eine Szene, die zu charakteristisch ist, als daß ich sie nicht mittheilen sollte. Die Wagen wurden nämlich, als sie zum Thore hinausfuhrten, von den Bürgern aufgehalten, die ein großes Geschrei darüber erhoben,

daß man noch nach eingetretener Waffenruhe fortfahe, das Festungsmaterial fortzuschaffen, das seit Verlezung des Völkerrechts u. s. w. Der den Zug begleitende Unteroffizier ließ sich durch dieß Geschrei verblüffen; er schickte zum Stadtkommandanten, zu dem sich auch schon ein Theil der Bürger begeben hatte. Auch dieser wurde schwankend und hielt es für nöthig, sich erst in Kolding Naths zu erholen, von woher dann die Antwort einlief, daß alles Festungsmaterial Kriegsbeute sei und der Wegschaffung desselben kein Hinderniß im Wege stehe.

Die Festung wird jetzt nur noch von der Brigade Thomas (den Regimentern Graf Coronini und Prinz Wilhelm von Holstein und dem 11. Jägerbataillon) besetzt gehalten. Die Brigade Nostitz ist vorgestern abmarschiert. Die Regimenter Hessen und Belgien sind nach der Westküste verlegt, während das 9. Jägerbataillon nach Steulerup am Nordoststrand gerückt ist.

Gestern und vorgestern sind eine Menge von den nach Fünen geflüchteten Bewohnern zurückgekehrt. Viele Derselben, welche ihre Habe hier zurückgelassen, sehen sich als Bettler darstellen, denn sie finden wenig von ihrem Eigentum mehr vor und was sie finden ist so, daß sie es kaum noch wiedererkennen. Uebrigens haben die Dänen in der verlassenen Stadt ärger gehaust, als unsere Soldaten, die keinem Einwohner, der zurückgeblieben war, das Geringste genommen haben.

Aus Turin, 19. Mai, schreibt man der „*Fr. Ztg.*“: Nach Briefen aus Rom ist der Papst, wie man zu sagen pflegt, von seinen Aerzten aufgegeben. Die Wassersucht soll sich mit überraschender Schnelligkeit ausbilden und die Tage des hohen Kranken dürften gezählt sein. Unter solchen Umständen ist die Regierung, nach allen Richtungen hin thätig, um den Kaiser Napoleon III. dahin zu stimmen, bei einem Regierungswchsel in Rom den Römern das Recht des suffrage universel zu gestatten und seine Truppen wenigstens für die Dauer dieser Abstimmung nach Civitavecchia zurückzuziehen.

Aus Turin wird der „*Fr. Ztg.*“ folgende interessante Mittheilung gemacht: Herr Bieconti Venosta richtete an die französische Regierung allen Ernstes eine diplomatische Note um Aufklärung, was Frankreich zu thun gedenke, wenn heute Papst Pius IX. mit Tod abgehe. Die Antwort ließ einige Zeit auf sich warten. Nachdem auch Ritter Nigra die Frage nochmals persönlich angeregt, ließ Drouyn de Lhuys eine Depesche nach Turin gelangen, in welcher er in runden und festen Worten erklärte, „daß die französische Regierung entschlossen sei, dem Nachfolger Pius IX. eben so ihren Schutz angedeihen zu lassen, wie sie dieß Pius IX. selbst gegenüber nie verabsäumt habe.“ Den Vertretern Österreichs und Englands am Hofe der Tuilerien soll von dem Wortlaut dieser Depesche — fügt mein Gewährsmann hinzu — eine Abschrift zugesellt worden sein.

London, 19. Mai (Nachts). Auf eine Interpellation Whiteside's im Unterhause erwidert Layard: Offizielle Nachrichten über neue preußische Zwangserhebungen fehlen; die Konferenz beabsichtigt deren Aufhören. Auf eine Anfrage Packingtons erwidert Grey, ein offizieller Bericht, daß die Österreicher nach der Ostsee fahren, fehle; Layard glaubt, daß österreichische Geschwader folge von Lissabon aus den früheren nach der Nordsee.

Kopenhagen, 14. Mai. Der norwegischen Reichszeitung schreibt man: Am 24. April kam hier ein junger Mann von Stockholm an, welcher früher hier gewesen ist und der auf Grund seiner nahen persönlichen Stellung zu Karl XV. mit mehr Aufmerksamkeit betrachtet wird, als wozu ihn seine öffentliche Stellung berechtigt; es ist des Königs Handbibliothekar Herr v. Quanten. Er ist der Ueberbringer zweier eigenhändiger Schreiben von Karl XV., von denen das eine an den König Christian, das andere an den Konseilspräsidenten Bischof Monrad gerichtet war. Der Inhalt dieser Briefe dürfte folgender sein: Es war vorgeschlagen, daß Dänemark auf dem europäischen Kongreß, zu welchem die Konferenz sich entwickeln könnte, mit der Proposition hervortrete, einen Staatenbund aus Schweden, Norwegen und Dänemark zu bilden, in welchen letzterer Staat mit dem Länderkomplex eintritt, welchen er nach Beendigung der Konferenz besitzt. Die herrschenden Dynastien sollen zu bestehen fortfahren, aber es soll ein Unionsparlament für alle drei Reiche gebildet werden, welchem die gemeinsame skandinavische, konstitutionelle Befugnis hinsichtlich der Angelegenheiten des Neubauern, des Krieges und der Marine übertragen wird. Wenn von dänischer Seite eine Proposition der Art auf dem Kongreß gestellt wird, soll sich der schwedisch-norwegische Gesandte ihr anschließen. Es wird dabei angedeutet, daß man durch Familienverbindungen die spätere Vereinigung der Reiche unter einer Dynastie vorbereiten könnte. Die dänische Regierung hat hierauf am 28. April geantwortet; sie geht auf diesen Plan, so viel man weiß, ein und sieht offiziellen Unterhandlungen darüber entgegen. — In der Akers'schen Kanonenfertigung in Schweden sind

für Rechnung der dänischen Regierung 14 sechzigpfündige Kugelkanonen angefertigt worden; 30 Zwölfpfunder und einige Dreifünder sind für sie gleichfalls dort unter Arbeit.

Kopenhagen, 19. Mai (1 Uhr Nachmittags). Die „*Departements-Ztg.*“ meldet:

Kriegsminister Lundbye ist zurückgetreten; Oberstleutnant Reich wurde zum Kriegsminister ernannt.

Petersburg, 12. Mai. Murawieff ist zwei Tage nach seiner Ankunft, also Mittwoch, vom Kaiser und von der Kaiserin empfangen worden. Der Empfang war ein so kalter, streng kurzer, daß nun Niemand mehr an der Entlassung des Scheusals zweifelt.

Bukarest, 19. Mai. Die Regierung hat in die verschiedenen Theile des Landes Kommissäre entsendet, welche unbeschränkte Vollmacht besitzen, gegen deren Vorweisung alle Zivil- und Militärböhrden unbedingt Folge zu leisten haben. Unter den Kommissären befinden sich auch die ehemaligen Minister Czegulesco und Tell.

Konstantinopel, 14. Mai. Das „*Journal de Constantinople*“ meldet: Fürst Couza werde nächstens hieher kommen, um dem Sultan seine Huldigung darzubringen; ein kaiserlicher Kiosk wird ihm zur Wohnung angewiesen. Persich, der türkische Konsul in Ragusa, wurde zum Generalkonsul ernannt. Gleichzeitig werden Bizekonsuln in Zara, Spolato, Lissin und Metkovich errichtet und besetzt. In Samos befinden sich 35.000 eingewanderte Tscherken. Die Verhandlungen zwischen den englischen Behörden, dem Sultan und dem Bizekönig von Egypten wegen der Truppentransporte nach Ostindien fanden einen befriedigenden Abschluß.

Athen, 14. Mai. Der König reist am 24. ab und wird am 6. Juni in Corfu eintreffen. Eine Amnestie für Militärs wurde erlassen. Zaimis ist als außerordentlicher Bevollmächtigter nach Corfu gereist. Im Peloponnes herrscht eine heftige Blatternepidemie.

Aus Alexandrien vom 15. wird gemeldet: Der Bizekönig schickte auf Verlangen des Sultans ein Korps von 3500 Mann gegen die aufständischen Beduinen in Yemen.

Man schreibt aus New-York, 25. April, daß laut verlässlichen Nachrichten aus Richmond (Hauptstadt der Südstaaten) der Senat mit überwiegender Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, das neue Kaiserreich in Mexiko unter keiner Bedingung anzuerkennen. Die Nordstaaten haben bekanntlich bereits früher sich gegen das neue Kaiserthum erklärt. Hinsichtlich der Südstaaten glaubte man, daß es dem Einflusse Napoleons gelingen werde, die Anerkennung des mexikanischen Kaiserreichs durchzuführen.

(*Leberlandpost*) mit Nachrichten aus Calcutta, 22., aus Bombay, 29. April. Der Krieg, um Bhootan zu annehmen, ist wahrscheinlich. Die Monarchie in Kabul nimmt zu. Der Emir bat die britische Regierung um Geld und Truppen. Der Shah von Persien hat den Sohn des Emir und die aufständischen Hälftlinge aus Kabul nach Persien berufen.

Wiener Nachrichten.

Wien, 21. Mai.

Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben den Armen des Pfarrbezirkes St. Veit 200 fl., ferner haben Se. Majestät der Kaiser Ferdinand dem Armenhause 100 fl. zu spenden geruht.

— Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Viktor haben das Protektorat über den Salzburger Seidenbauverein angenommen und zu Vereinezwecken den Betrag von 100 Gulden gewidmet.

— Das k. k. Landesgericht in Wien hat gemäß §. 38 des Preßgesetzes das Erscheinen der polnischen Zeitung „*Postep*“ sammt deren Beilage auf die Dauer von 3 Monaten eingestellt.

— Am 23., 24. und 25. Mai versammelt sich der dritte Kongreß der europäischen Thierschutzvereine in Wien.

— Wie nach dem ersten Treffen in Schleswig der Gedanke an unsere verwundeten Soldaten und die nothleidenden Familien der Gefallenen den Gablenz-Fond in's Leben gerufen, so soll auch ein Tegetthoff-Fond gebildet werden zum Besten der im Treffen bei Helgoland verwundeten Marine-Soldaten und ihrer nothleidenden Familien.

— Zum Oberkommandanten des mexikanischen Freiwilligenkorps ist Oberst Graf Thun-Hohenstein des Infanterie-Regimentes Hartmann designirt. Die Bestimmungen, unter welchen die Offiziere aufgenommen werden können, und die Assentirung der Mannschaft stattfinden darf, werden demnächst publiziert; die „*Fr. Ztg.*“ erfährt, daß die Offiziere 6 Jahre in Mexiko dienen müssen, wenn sie Ansprüche auf die Wiedereintheilung in die k. k. Armee erheben wollen; eine kürzere Dienstzeit gibt keinen Anspruch auf den Wiedereintritt, so wie jene Offiziere, welche nach Ver-

lauf von 6 Jahren sich zum Rücktritt nach Österreich nicht gemeldet haben, selbstverständlich keine Ansprüche auf eine Wiederaufnahme erheben können. Jene, welche nach 6 Jahren rückkehren und nicht kriegsdiensttauglich befunden werden, haben weder Anspruch auf Wiedereintheilung, noch auf eine Versorgung durch die vaterländischen Finanzen. Der Oberst Graf Thun-Hohenstein hat vorerst einen Urlaub erhalten, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu orientiren. Der definitive Uebertritt desselben hängt von der gemachten Erfahrung ab und ist ihm zur Entscheidung überlassen. Für das Korps hat die mexikanische Regierung die Feuergewehre für die Infanterie in Lüttich, die Dornstangen für die Jäger in der Schweiz bestellt, und ist ein großer Theil dieser Waffen bereits nach Triest abgeliefert worden.

Wer soll Bürgermeister werden?

Die Gemeinderathswahlen sind beendet; in wenigen Tagen wird sich diese Körperschaft konstituiert haben und dann tritt die wichtige Aufgabe an sie heran, für ein Tausendjahr den Mann aus ihrer Mitte zu wählen, welcher an der Spitze der Kommune zu stehen und ihre Interessen nach Außen und Innen zu wahren berufen sein wird. Gewiß ein sehr ernstes Geschäft! Es dürfte daher zeitgemäß erscheinen, wenn wir die Frage aufwerfen: welche Eigenschaften erscheinen uns für jenen Mann erforderlich, welcher der künftige Bürgermeister unserer Landeshauptstadt werden soll?

Daß der künftige Bürgermeister alle Eigenschaften des Verstandes und Herzens, die wir überhaupt bei jedem Manne voraussetzen müssen, welcher durch das Vertrauen seiner Mitbürger in den Gemeinderath berufen wird, nämlich einen wahren Bürger- und Gemeinsinn, ein offenes Auge für die Bedürfnisse der Kommune, eine richtige Kenntnis ihrer Hilfsmittel, Unabhängigkeit und Entschiedenheit des Charakters, Rechtlichkeit und Unbescholtenseit in vorzüglichem Grade besitzen soll, unterliegt keinem Zweifel. Außerdem sagt aber das, eine so vielseitige Thätigkeit in Anspruch nehmende Amt eines Bürgermeisters, noch gewisse besondere Eigenschaften und Fähigkeiten voran, welche nur kurz anzudeuten uns hier gestattet sein möge.

Der künftige Bürgermeister ist berufen, eine Landeshauptstadt zu repräsentiren, dieselbe sowohl den landesfürstlichen als auch den Landes- und anderen Kommunalbehörden gegenüber zu vertreten; er muß daher notwendig eine Persönlichkeit sein, welche nach Außen hin der nöthigen Achtung, des nöthigen Vertrauens sich erfreut.

Achtung und Vertrauen wird jedoch nur ein edler, fester Charakter für die Dauer sich zu erhalten im Stande sein, ein Charakter, dessen Grundsätze auf sittlicher Basis beruhen, dessen Grundsätze nicht wie das leicht bewegliche Schilf vor jedem Hauch sich beugen, welche die Probe ihrer Beständigkeit bereits abgelegt haben, ein Charakter, der nicht durch kleinliche Leidenschaften bewegt wird, der im öffentlichen wie im Privatleben makellos dasteht, der durch seine ehrenhafte Vergangenheit einen sicheren Schluß auf eine ehrenhafte Zukunft zuläßt, der durch die eigene Würde auch die Würde der Kommune, welche ihn an ihre Spitze berufen hat, zu wahren im Stande ist. Die Repräsentation nach Außen ist gewiß kein unbedeutendes Moment, der persönliche Einfluß eines geachteten, würdigen Mannes hat oft weit mehr vermocht, als die gründlichsten schriftlichen Erörterungen, Bitten und Beschwerden, und das Ansehen einer Kommune wird häufig genug nach dem persönlichen Ansehen beurtheilt, welches ihr Vorstand genießt.

Der Bürgermeister muß aber auch die Kommune nach Innen, den Gemeindegliedern gegenüber vertreten.

Wie mancher Verlegenheit, wie manchem Zerwürfnisse, mancher Beschwerde kann nicht vorgebeugt werden, wenn der Bürgermeister eine wohlwollende, leutselige, geachtete Persönlichkeit ist, die jedem willig Gehör leistet, den Einzelnen bei der rechten Seite zu fassen und für die Interessen der Gemeinde geneigt zu stimmen versteht, die überhaupt nichts Schroffes, nichts Abstoßendes besitzt, sondern durch den Zauber wahrhaft humauer Gestaltung und Benehmungsweise zu bestechen, zu fesseln versteht.

Der Bürgermeister ist der Hausvater in der Gemeinde, sein Ohr darf sich weder den Klagen der Armen noch den Forderungen der Bemittelten verschließen, seine Hand muß unparteiisch dem einen wie dem anderen sein Recht zuteilen, unbekümmert um das Ansehen der Person.

Der Bürgermeister ist ferner der unmittelbare Vorstand des Magistrates, ist für die Geschäftsbabung desselben verantwortlich, ihm steht die Geschäftszuordnung unter die Mitglieder des Magistrates und die Disziplinargewalt über die Beamten und Diener zu. Soll in dieser Beziehung der Bürgermeister seine Stelle ausfüllen, soll er unabhängig dastehen und nicht irgend einem der Magistratsbeam-

ten unbedingtes Vertrauen zu schenken gezwungen sein, so muß er selbst eine genaue Kenntnis des Geschäftsganges und eine genaue Kenntnis der ihm untergeordneten Beamten besitzen, um zu wissen, zu welchem Geschäft der eine oder der andere sich eignet, um darnach die Zuthellung der betreffenden Geschäftsschäfte vornehmen, die Thätigkeit der Einzelnen überwachen zu können. —

Der Bürgermeister ist endlich auch Vorsitzender des Gemeinderathes. Er theilt die verschiedenen Geschäftsschäfte den einzelnen gemeinderäthlichen Sektionen zu, setzt die Tagesordnung der einzelnen Sitzungen fest, leitet die Debatten und setzt die Beschlüsse des Gemeinderathes in Vollzug. Daß zur Leitung von Debatten eine besondere Geschicklichkeit, eine schnelle und richtige Auffassung des Gröterten, eine präzise Formulirung der Anträge. Scharffsin in der Fragestellung, eine leidenschaftslose Ruhe, strenge Unparteilichkeit, gerechte Würdigung jeder Ansicht genaue Kenntnis der Geschäftssordnung nothwendig sei, ist ebenso selbstverständlich, als daß der Bürgermeister als Exekutivorgan des Gemeinderathes eine unbedingte Achtung vor den Beschlüssen derselben haben müsse.

Wir glauben hiermit die besonderen Eigenschaften, welche der künftige Bürgermeister besitzen soll, allerdings nicht erschöpfend aber in den wesentlichsten Umrissen bezeichnet zu haben. Eine gereifte Erfahrung, ein durch und durch achtungswürther Charakter und allgemeines Vertrauen scheinen uns für einen solchen Mann durchaus unentbehrlich zu sein.

Zum Heile unserer Kommune wünschen wir, daß die Mitglieder unserer Gemeindevertretung, unbekümmert um Parteiinteressen, mit Unbefangenheit und strenger Gewissenhaftigkeit prüfen mögen, welcher Mann in ihrer Mitte die angedeuteten Eigenschaften in vorzüglichem Grade besitzt, und daß Jeder, der sich für diesen Posten berufen hält, unparteiisch sich selbst prüfe, ob er auch wirklich der rechte Mann für dieses allerdings ehrenvolle, aber auch schwierige Amt sein werde.

Bericht

über die am 28. April 1864 stattgehabte dritte wissenschaftliche Versammlung des Vereines der Ärzte in Krain zu Laibach.

Obmann: Landesmedizinalrath Dr. Ritter v. Andrioli.

Schriftführer: Professor Dr. Valenta.

Anwesend 14 Mitglieder.

A. Innere Vereinsangelegenheiten.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls zeigte Schriftführer Professor Dr. Valenta 1) der Versammlung an, daß die Vereinsbibliothek durch zwei vom Herrn Regierungsrath Polizei-Direktor Bezdek zum Geschenke gemachten Werke, deren eines über Gefängniskrankheiten, das andere über Irrenhäuser handelt, vermehrt worden sei, wofür dem Spender der Dank von Seite der Versammelten durch Aufstellen von den Sizien ausgesprochen wurde; 2) machte er dem Vereine die Mittheilung, daß die für die Hinterlassenen des verstorbenen Dr. Elfinger eingegangenen 37 fl. d. W. bereits an ihre Adresse übermittelt wurden; 3) las er zwei Schreiben der Herren Hofräthe, Prof. Dr. Hyrtl und Rokitansky aus Wien, und ein von Triest eingelaufenes Telegramm des Herrn Landesmedizinalrathes Dr. Schrott, der Versammlung vor, worin diese Herren in herzlichen Worten den besten Dank für die ihnen zu Theil gewordene Auszeichnung, nämlich die Ernennung zu Ehrenmitgliedern des verstorbenen Dr. Elfinger eingegangen waren; 4) las er dem Vereine die erfreuliche Mittheilung, daß Herr Primarius Dr. Fux in diesem Jahre, als einziger Inländer, zum korrespondirenden Mitgliede der k. k. Gesellschaft der Ärzte in Wien ernannt wurde, zu welcher Auszeichnung ihn die anwesenden Mitglieder durch Erheben von ihren Sizien beglückwünschten. Primarius Dr. Fux sprach sich nach etlichen Worten des Dankes dabin aus, daß die Auszeichnung nicht ihm speziell, sondern den Verein im Allgemeinen treffe, indem der Verein in erster Reihe es war, der durch die freundliche Aufnahme seiner Vorträge ihn zu raschlosem Eifer auf dem wissenschaftlichen Felde angeregt habe; 5) schließlich wurde vom Schriftführer ein vom Herrn Apotheker Fabiani in Lax eingelangtes Ersuchsschreiben um Begutachtung eines von ihm erfundenen Mundwassers, dem Vereine vorgelesen und das anwesende Mitglied, Herr Zahnart Chr. werth als Fachmann, mit der diesbezüglichen Untersuchung dieses Zahnwassers betraut.

B. Wissenschaftliche Vorträge.

1. Primarius Dr. Fux sprach: a) über fremde Körper in der Blase und die Entfernung derselben, und zeigte ein 3 Zoll langes Pfeifenrohr, welches mit Harnkristallen über 2 Linien iufrustirt war, und

das er mittelst Blasenschnittes entfernte. Nach 14 Tagen verließ der Kranke geheilt die Anstalt. b) Ferner führte er einen 15jährigen Kranken vor, bei dem wegen bösartiger Neubildung die rechte Hälfte des Unterkiefers mit Erhaltung der Weichteile reseziert wurde. Er betonte besonders eine Methode, welche, da die Gesichtsnerven verschont werden, keine Lähmung der betreffenden Gesichtshälfte zur Folge hat.

2. Bahnwundarzt Thomy lieferte interessante Beiträge zur Pharmakodynamik (Heilmittel- Lehre). a) Gegen Muskel- sowohl als Gelenks-Rheuma hatte er schon in vielen Fällen mit Erfolg das Oleum Cavandulæ in Anwendung gebracht; b) einen auffällig günstigen Erfolg sah er nach dem Gebrauche von Oleum Pulegii bei Gastralgien, und c) rühmte er den innerlichen Gebrauch der Jalappa gegen Veruccae. Nachdem er die Art und Weise der Anwendung dieser Mittel und deren Nutzen ausführlich besprochen und mit diesbezüglichen günstigen Fällen aus seiner Praxis begründet hatte, ersuchte er die Versammelten, die Mittel bei vorkommenden Fällen in Anwendung bringen zu wollen.

3. Sekundärarzt Zepuder besprach und demonstrierte ein Emphysema vesiculare lobi inferioris pulmonis dextri, wie es in dieser Ausdehnung wohl selten angetroffen werden dürfte.

4. Prof. Dr. Valenta zeigte 1) ein von Prof. Braun in Wien angegebenes Instrument, welches sowohl zur Anwendung einer Uterus-Sond. aus Hartgummi, als zum Einführen der sogenannten Laminaria-Regel sich eignet. Diese laminaria digitata ist eine Alge aus dem Geschlechte der Fucaceen an den Küsten von Schottland und Irland vorkommend, und hat die Eigenschaft, im Wasser um das Dreißigfache langsam aufzuquellen, welche vortreffliche Eigenschaft ihr eben in der Gynäkologie in den diesbezüglichen Fällen in Kürze den Vorrang vor dem gewöhnlichen Presschwamm um so eher erwerben müsse, als man einen solchen Regel wiederholt in Anwendung bringen kann. 2) hielt er einen Vortrag über eine der wichtigsten Ursachen des Scheintodes bei neugeborenen Kindern, nämlich, daß den Kindern durch vorzeitige Atembewegungen Fruchtwasser in die Luftröhre eindringen und dieses der Hauptgrund der so häufig vergeblich angewendeten Belebungsversuche sei, indem die Flüssigkeitsäule in der Luftröhre den Luftteintritt unmöglich macht. Nachdem er das Verdienst Hütter's, welcher auf diesen Umstand vor allen aufmerksam gemacht hatte, hervorhob, zeigte der Vortragende ein nach seiner Anlage verfertigtes Instrument, um am zweckmäßigsten für Kind und Operateur bei scheintodten Kindern die in den Luftröhren angesammelte Flüssigkeit auszusaugen, und fordert die Versammelten eindringlichst auf, zu keiner Geburt ohne diesem Instrumente zu gehen. Schließlich erzählte er einzelne Fälle von seiner Klinik, bei welchen er mit Dr. Gregorius Kinder, die sonst nach seiner Erfahrung unrettbar verloren gewesen wären, aus dem höchsten Grade des Scheintodes (Asphyxia completa) mittelst obiger Methode zum Leben brachte.

5. Stadtwundarzt Finz wies eine verschluckte Stecknadel vor, welche er nach einer von ihm schon zu wiederholten Malen in Anwendung gebrachten Therapie, die er der Versammlung mittheilt, aus dem Darmkanal entfernt hatte.

Laibach, am 19. Mai 1864.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

München, 11. Mai. Die Ministerialräthe Weber und Meixner, der Ministerien des Neubauern und des Handels, sind zu Berathungen in der Zollfrage nach Wien abgereist. Wahrscheinlich vertreten dieselben auch noch andere süddeutsche Zollvereinsregierungen.

Berlin, 20. Mai. Sicherem Vernehmen nach hat Hannover seine Bevollmächtigten zur Zollvereinskonferenz von hier abberufen.

Hamburg, 20. Mai. Gegen das ursprüngliche Reiseprogramm ist Prinz Friedrich Karl von Preußen schon heute von Berlin auf den Kriegsschauplatz mit großer Suite zurückgekehrt. Prinz Oscar von Schweden hat am 18. das Oberkommando über die schwedische Marine angetreten und eine Proklamation erlassen, die „auf alles kommende Ernst“ vorbereitet.

Hamburg, 20. Mai. Wie den „Hamburger Nachrichten“ aus Altona gemeldet wird, haben die Bundeskommissäre für weitere Besuche des Herzogs Friedrich in holsteinischen Orten die Anordnung getroffen, daß zur Vermeidung des offiziellen Charakters ein Empfang durch die Behörden nicht stattfinde.

Hamburg, 20. Mai. Die „Berling'sche Bzg.“ vom 18. d. M. meldet, daß an diesem Tage der außerordentliche Regierungskommissär für Jütland Dahlström nach Horsens gereist sei, um mit einem Bevollmächtigten des Feldmarschalls Wrangel wegen der Regelung der Verhältnisse während der Waffenruhe zu konferiren.

„Dagbladet“ vom 19. berichtet: Dem Vernehmen nach sollen die nach dem 12. in Jütland ausgeschriebenen Kontributionen wegfallen und die Schiffe die jütändischen Häfen verlassen dürfen.

Hamburg, 21. Mai. Prinz Friedrich Karl wird binnen wenigen Tagen von Berlin zurückkehren.

Paris, 21. Mai. Nachrichten aus Algier vom 17. melden: Marschall Pelissier liege in den letzten Tagen. Es zirkuliert das Gerücht von seinem Tode.

Der Abend-„Moniteur“ meldet: Herr v. Beust sei gestern angekommen und habe Herrn Drouyn de Lhuys einen Besuch abgestattet.

„Patrie“ meldet: Das 12. Linienregiment sei nach Algier geschickt worden.

„France“ berichtet: Der Rest der Mittelmeerflotte gehe morgen früh nach Tunis ab.

Brüssel, 20. Mai. Abends. Das Ministerium zog sein Demissions-Gesuch zurück. Die Kammermiren treten am 31. Mai zusammen.

Brüssel, 21. Mai. Ihre k. Hoheit die Frau Herzogin von Brabant ist heute um 2 Uhr Nachmittags von einer Tochter entbunden worden.

London, 20. Mai (Nachts). In der heutigen Unterhaussitzung erwiederte Lord Palmerston auf eine Interpellation Whiteside's: Die Waffenruhe verbiete neue Zwangserhebungen; in Betreff der Erhebung früherer Kontributionen aber sei die Fassung des Waffenstillstandabkommens zweideutig.

London, 21. Mai. Gegentheiligen Behauptungen gegenüber wird neuerdings aus guter Quelle versichert, daß die dänischen Bevollmächtigten in der letzten Konferenzsitzung die Vorschläge der deutschen Großmächte, obwohl sie dieselben für unannehmbar erklärt, über Vorstellung der neutralen Mächte schließlich dennoch ad referendum nahmen. Ebenso ist gewiß, daß in der nächsten Konferenzsitzung über eine Verlängerung der Waffenruhe beschlossen werden soll.

Copenhagen, 20. Mai (Abends). Die „Berling'sche Bzg.“ schreibt: Dem Vernehmen nach haben die Bevollmächtigten der deutschen Großmächte in der Konferenzsitzung vom 17. d. M. sehr weitgehende Vorschläge formuliert. Die Bevollmächtigten Dänemarks sollen die Erklärung abgegeben haben, diese Vorschläge nicht als annehmbare Verhandlungsbasis betrachten zu können.

New-York, 7. Mai. General Forrest nahm Decatur in Tennessee und tödete die gesammte Garnison. Die Campagne des General Grant gegen Richmond hat begonnen. General Meade passirte den Rappahannock am 4. d. M., avancirte am 5. nach Chancellorsville-Wildernes und stieß unter großen Scharnierkämpfen auf die Hauptmacht Lee's.

Am 6. d. fand eine Schlacht statt, deren Resultat noch unbekannt ist. General Butler, die Flotte, die Kolonnen Couchs und Siegels unterstützen den General Meade. Admiral Porter sah sich gezwungen, die Kanonenboote in die Luft zu sprengen.

New-York, 7. Mai (Nachmittags). Der „Washingtoner Republikan“ versichert, die Regierung habe die nicht authentische Nachricht erhalten, Grant habe Lee drei Meilen weit verjagt. Man glaubt, Grant verfolge ihn. Es geht das Gerücht, Lee habe die Todten und Verwundeten auf dem Schlachtfelde gelassen und rücke in zwei Kolonnen gegen Richmond. Diese allseitig beglaubigten Gerüchte verursachten allgemeine Freude.

New-York, 7. Mai (Abends). Aus Virginien verlautet noch nichts Entscheidendes. Burnside vereinigte sich mit Gade. Forrest wurde bei Bolivar in Tennessee geschlagen und bis nach dem Staat Mississippi verfolgt. Sherman rückt gegen Georgien vor.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 21. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh, 37 Wagen und 5 Schiffe mit Holz, und 27 Mezen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 5.17 (Magazins-Preis fl. 5.63); Korn fl. 3.27 (Mg. Pr. fl. 3.52); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 3 —); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.47); Halbschmalz fl. 3.35 (Mg. Pr. fl. 4.2); Heiden fl. 2.80 (Mg. Pr. fl. 2.80); Hirse fl. 3.20 (Mg. Pr. fl. 3.25); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.57); Erdäpfel fl. 2.20 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolen fl. 4.60 (Mg. Pr. fl. —); Rindsschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweinschmalz kr. 39; Speck, frisch kr. 28, geto geräuchert kr. 38; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 1; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 20, Schweinefleisch kr. 23, Schöpferfleisch kr. 14; Hähnchen pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 13; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50. Stroh pr. 75—90; Holz hartes 30"; pr. Klafter fl. 8.—, geto weiches fl. 6.—; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von fl. 10 bis 15. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer).

Börsenbericht. Die Börse matt und geschäftlos. Von verzinslichen Staatsfonds waren nur neues Silberanlehen etwas besser gefragt, die übrigen Gattungen so wie Lose dachten teilweise $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{15}$ % ein; auch Industriepapiere stellten sich zum Theil um 1 fl. billiger, während Wechsel auf fremde Plätze und Comptanten um $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{15}$ % höher schlossen. Geld abundant. Geschäft beschränkt.

		Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)							
Geld Waare							
In österr. Währung zu 5% 68.75 68.85							
5% Anl. v. 1861 mit Rückz. 97.40 97.60							
ohne Abschafft 1864 96.20 96.40							
Nat.-Anl. mit Jän.-Coupon zu 5% 87.75 87.85							
Apr.-Coupon. 5% 79.70 79.80							
Métalliques 5% 72.50 72.60							
dette mit Mai-Coupon. 5% 72.55 72.65							
dette 41% 64.75 65.75							
Mit Verlos. v. 3. 1839 153. 153.50							
1854 92. 92.25							
" 1860 zu 500 fl. 95.70 95.80							
" 1860 100. 97.40 97.50							
" 1864 95.50 95.60							
Como-Kontensh. zu 42 L. austr. 17.50 18.75							
B. der Kronländer (für 100 fl.)							
Grundentlastungs-Obligationen.							
Nieder-Oesterreich zu 5% 88.79 89.25							
Ob.-Dest. und Salzb. 5% 85.50 88.25							
Öhmen 5% 94. 95.75							
Steierm., Kärt. u. Krain. 5% 89. 90.75							

Lottoziehungen am 21. Mai.
Wien: 5 63 73 1 54
Graz: 42 45 13 44 17

(1001-2)
Die neueste Pariser
Stereoskop - Ausstellung

des

J. Diwischovský aus Ungarn
ist täglich in der großen Schau-
bude am Congressplatz von 9 Uhr
Früh bis 10 Uhr Abends zu sehen.
Eintritt von 9 Uhr Früh bis 7 Uhr
Abends 20 fr. von 7 bis 10 Uhr
Abends bei brillanter Moderator-Bes-
leuchtung 30 fr.

Das Nähere der Anschlagzettel.

Hausverkauf.

Ein, 1 Stunde von Laibach in Dounize
Hs.-Nr. 8 an der von Schischka nach Draule
und Gleinitz führenden Bez. Straße gelege-
nes, zu einem Wirthshausgeschäfte beson-
ders geeignetes Haus, welches jedoch einiger
Reparatur unterliegt, nebst einem Garten,
bei 500 □ Alstr. messend, ist aus freier
Hand zu verkaufen. Näheres bei Johann
Eischerne in Dounize, Hs.-Nr. 3. (945-3)

(674-5)

Die
Niederlage

der k. k. ersten landesbefugten



landesbefugten

Landesbefugten